FH-DS-01-089-6

Wir stärken die Demokratie

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Andreas Otto (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 89 bis 96:
Unser Umgang mit Geschichte prägt auch unsere gemeinsame Gegenwart und Zukunft. Die Erinnerung an die Shoa als singuläres Menschheitsverbrechen bleibt in diesem Zusammenhang unsere höchste Verpflichtung. Die aktuellen rechtsautoritären Tendenzen verdeutlichen die Notwendigkeit, Entstehung und Wirken der nationalsozialistischen Terrorherrschaft im öffentlichen Bewusstsein präsent zu halten.

Auch die gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie Hilfe für deren Opfer und Benachteiligte ist für Bündnis 90/Die Grünen weiterhin ein großes Anliegen.

Mit der Unterstützung von Kultur- und Bildungsprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen und einem Fonds für interkulturelle Arbeit wollen wir Erinnerungskultur auch in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in der jede fünfte Einwohner*in eine Migrationsgeschichte hat, fördern. Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen.

~~Unser Umgang mit Geschichte, insbesondere der Shoa, prägt auch unsere gemeinsame Gegenwart und Zukunft. Mit der Unterstützung von Kulturprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von Gedenkstätten und einem Fonds für interkulturelle Arbeit wollen wir Erinnerungskultur auch in der Einwanderungsgesellschaft fördern. Jede fünfte Einwohner*in in Deutschland hat eine Migrationsgeschichte. Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen.~~
Kultur entsteht nicht durch Abschottung, sondern im Austausch mit anderen. Wir Grünen widersetzen uns deswegen

Begründung

Der Umgang mit Geschichte ist allgemein ein wichtiges Anliegen, unabhängig davon, um welche Epoche es jeweils geht. Die Erinnerung an die Shoa ist aber angesichts ihrer Einzigartigkeit von so zentraler Bedeutung, dass dies angemessen formuliert werden soll. Wir müssen uns aber auch mit der Vorgeschichte und der Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus als Diktatur beschäftigen, um Lehren für Gegenwart und Zukunft daraus zu ziehen.

Ohne dass es eine Gleichsetzung geben darf, ist die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur als prägende zeitgeschichtliche Phase unbedingt zu berücksichtigen. Auch 27 Jahre nach der friedlichen Revolution spüren Haftopfer oder beruflich Benachteiligte negative Folgen. Die Verlängerung der Rehabilitierungsgesetze, die 2019 auslaufen, und Entscheidungen über die Zukunft der Stasiunterlagenbehörde sind konkrete Aufgaben in der nächsten Legilaturperiode.

Im ganzen Zusammenhang der Erinnerungskultur sollten Bildung und Forschung als wichtige Aufgaben Erwähnung finden.

Unterstützer*innen

Heide Schinowsky (Potsdam KV); Katja Meier (Meißen KV); Claudia Maicher (Leipzig KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Axel Vogel (Barnim KV); Ronald Wenke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Achim Wesjohann (Dresden KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Petra Weißflog (Cottbus KV); Silke Gebel (Berlin-Mitte KV); Susan Sziborra-Seidlitz (Harz KV); Christian Franke (Altmarkkreis Salzwedel KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV); Volkmar Zschocke (Chemnitz KV); Antje Kapek (Friedrichshain-Kreuzberg KV); Ramona Pop (Berlin-Mitte KV); Fatoş Topaç (Friedrichshain-Kreuzberg KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV)